

## **Rede von Antonios Antoniadis, Minister für Familie, Gesundheit und Soziales, anlässlich des Rundtischgesprächs zum Thema interkultureller Dialog**

Es gilt das gesprochene Wort!

26.04.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuallererst möchte ich mich im Namen des Ministerpräsidenten für seine Abwesenheit entschuldigen. Leider ist er kurzfristig erkrankt, sodass ich Sie nun an seiner Stelle rechtherzlich zum DG Fokus „Interkultureller Dialog“ begrüßen darf.

Heute steht der interkulturelle Dialog buchstäblich im Fokus. Und wenn man die Liste der Gesprächsteilnehmer mal etwas genauer unter die Lupe nimmt, so sind wir dem Thema entsprechend multikulturell besetzt. Auf die interessanten Diskussionen im Anschluss freue ich mich schon sehr. Vorerst aber ein paar Worte zum aktuellen Kontext.

Liebe Anwesende,

unsere Gesellschaft hat sich stark verändert. Während viele Menschen die eigenen Landesgrenzen vor einigen Jahrzehnten kaum verlassen haben und nur sehr beschränkten Kontakt zu anderen Ländern und Kulturen pflegten, sind Vielfalt und internationale Vernetzung heutzutage kaum mehr wegzudenken.

Die Globalisierung, der internationale Handel und natürlich das Internet sowie die sozialen Netzwerke lassen alte Grenzen immer mehr verblassen.

Für die Europäische Union gilt dies ganz besonders. Hier hat die Öffnung der Grenzen, vor allem aber der europäische Einheitsgedanke, die kulturelle und menschliche Vielfalt gefördert, was sich in einem Grenzgebiet wie der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr stark bemerkbar macht.

Viele von uns überqueren mehrmals in der Woche Landesgrenzen, ohne sich dessen bewusst zu werden: Wir fahren zur Arbeit nach Luxemburg oder Deutschland oder zum Einkaufen nach Maastricht und Vaals. Im Sommer machen wir Urlaub in Italien, Frankreich oder Spanien. Schüler und Studenten nehmen an europäischen und internationalen Austauschprojekten teil: in England, Australien oder in den USA. Oder sie arbeiten als Freiwillige in NGOs in Afrika, Asien oder Südamerika.

Der Kontakt zu anderen Menschen und Kulturen ist im Laufe der Zeit alltäglicher geworden. Doch durch die Flüchtlingskrise haben die eben beschriebenen Entwicklungen eine eigene Dynamik entwickelt. 38.000 Menschen sind im letzten Jahr auf der Flucht vor Terror und Gewalt nach Belgien gekommen. Rund 900 Asylsuchende befinden sich in der DG. Von unserer Gesellschaft wird diese neue Art des Kontaktes anders wahrgenommen.

Als die Flüchtlingskrise damals ausbrach, waren die allgemeinen Solidaritätsbekundungen in der Gesellschaft zwar groß, doch hat es immer auch kritische Stimmen gegeben. Gegen Kritik ist auch nichts einzuwenden, solange diese auf recherchierten Argumenten beruht.

Leider wird der Ton in den sozialen Netzwerken immer rauer. Argumente werden immer seltener. Stattdessen gibt es Pauschalurteile und Hasstiraden, die das gesellschaftliche Klima vergiften. Ereignisse wie die Silvesternacht in Köln oder auch die jüngsten Terroranschläge bestärken die Rechtsgesinnten in ihren Ansichten. Nicht nur in sozialen Netzwerken betreiben sie mitunter eine menschenverachtende Hetzjagd, einige fühlen sich ermuntert, Flüchtlingsheime anzugreifen oder die Straßen unsicher zu machen. Solche An- und Übergriffe sind in Deutschland fast alltäglich geworden – und vor wenigen Wochen noch störte ein Mob von Hooligans die Gedenkfeier in unserer Hauptstadt.

Solche Angriffe dürfen nirgendwo geschehen! Da spielt weder die Hautfarbe eine Rolle noch die Herkunft noch die Religion. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Flüchtlinge erneut vor Angst um ihr Leben fliehen müssen – das dürfen wir nicht verantworten in einem demokratisch freiheitlichen Land!

Man sollte auch nicht den Fehler begehen, die Menschen aus den Krisenländern unter Generalverdacht zu stellen. Nicht jeder Terrorist ist ein Muslim und nicht jeder Muslim ist ein Terrorist, auch wenn manch einer diese Lesart gerne verbreiten mag. Wie unangenehm dies für die Betroffenen sein kann, haben wir erst kürzlich selbst erfahren. Wir Belgier waren auch nicht sehr erfreut darüber, im Ausland als Land der Terroristen bezeichnet zu werden.

Es stimmt! Wir stehen vor einigen großen Herausforderung. Erstmals geht es darum, viele Menschen aufzunehmen und ihnen Schutz zu geben. Aber man darf nicht vergessen, dass noch um die Jahrtausendwende mehr als 40.000 Flüchtlinge nach Belgien gekommen sind. Die Wahrnehmung ist jetzt eine andere.

Später wird es dann darum gehen, die Menschen, wenn sie bleiben dürfen, zu integrieren.

Um in Frieden zusammen und miteinander leben zu können, müssen wir zunächst einander kennenlernen. Um Ängste zu nehmen und einander verstehen zu können, muss man zunächst wissen, wie es um die Menschen bestellt ist, die von ihrer Heimat fliehen.

Deshalb finde ich beispielsweise die Sensibilisierungskampagne Ostbelgien-Offen für Begegnung, die derzeit läuft, so wichtig. Deswegen ist auch eine Veranstaltung wie die heutige so unverzichtbar. Wir müssen offen über die Situation sprechen. Uns einander verstehen und kennenlernen und uns über die Herausforderungen einer kulturell immer vielfältigeren Gesellschaft auseinandersetzen. Aber wir sollten diese Vielfalt unserer Gesellschaft nicht nur als Herausforderung oder Bedrohung sehen, sondern auch als Chance.

Hier besteht im Bewusstsein der heutigen Gesellschaft meines Erachtens noch Nachholbedarf. Wir müssen daran arbeiten, dass wir uns selber als EINE Gesellschaft sehen.

Abschließend und in diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen ein Zitat nicht vorenthalten: „Es gibt kein Wir und Die“. Mein Blick geht an dieser Stelle zu Frau Sevindim, die dieses Zitat sehr gut kennt – sie hat es nämlich selbst einmal gesagt. Und sie hat recht. Wie wir das schaffen können, was schon getan wird, und auch wie die Politik hier helfen kann – darüber möchte ich sehr gerne mit Ihnen in den kommenden 90 Minuten austauschen.

Frau Sevindim, ich möchte Sie ganz herzlich hier in Ostbelgien begrüßen. Auf ihr Impulsreferat dürfen wir alle sehr gespannt sein. Außerdem möchte ich die Herren Achim Nahl als den Integrationsbeauftragten der Stadt Eupen, Miloud Choudna, den Vorsitzenden der ACESE VOG und Dechant Schmitz als Vertreter der katholischen Kirche begrüßen.